

Erscheint wöchentlich 2 mal in Leipzig.  
 Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes an.  
 Für Leipzig nehmen Bestellungen an:  
 die Expedition, Hohe Str. 4.  
 H. Ebel, Peterstr. 18.  
 F. Ehle, Emilienstr. 2.

# Der Volksstaat

**Abonnementspreis:**  
 für Preußen incl. Stempelsteuer 17 Sgr., für die übrigen deutschen Staaten 12 1/2 Sgr. per Quartal, per Monat 4 1/2 Sgr., für Leipzig und Umgebung per Quartal 13 Sgr.  
 Filialabonnenten für die übrigen Staaten:  
 F. A. Sorge, Box 101  
 Hoboken N. J. via New York

**Organ der sozial-demokratischen Arbeiterpartei und der Internationalen Gewerkschaften.**

## Das Werk von Karl Marx.

II.

Der erste Abschnitt des Werkes, betitelt Waare und Geld, beweist schon, daß Marx sich nicht auf eine „Kritik der politischen Ökonomie“, wie dies der Titel des Werkes besagt, beschränkte, vielmehr selbstständig die Theorie weiter entwickelte und in Bezug auf Waare und Geld nebst den daraus entspringenden Folgerungen geradezu zur wissenschaftlichen Höhe hinauf führte. Zwar ist die Begründung der Werthsubstanz (Bestandtheile des Werthes) und der Werthgröße keineswegs neuesten Datums; ältere Wissenschaftler, besonders Engländer, wie Smith und Ricardo, haben hierbei das Meiste gethan. Marx baute auf ihnen weiter und hat da, wo man bisher im Dunkeln irrte, Licht verbreitet. Vorzüglich geschah dies durch die von ihm vollendete Zerlegung, um nicht zu sagen: Enthüllung der Werthform.

Indem Marx die zwei Faktoren der Waare: Gebrauchswert und Werth klarstellt, bemerkt er: die Nützlichkeit eines Dings macht es zum Gebrauchswert. Die Nützlichkeit selbst wird durch die Eigenschaften des Waarenkörpers bedingt, so die des Weizens durch seinen Nährstoff. Der Gebrauchswert verwirklicht sich nur im Gebrauch oder Verbrauch. Er bildet den stofflichen Inhalt des Reichthums, welches immer des letzteren gesellschaftliche Form sein möge. In der heutigen Gesellschaft bildet er zugleich den stofflichen Träger des Tauschwerthes.

Der Tauschwerth erscheint zunächst als Verhältnißgleichheit, worin sich Gebrauchswerte einer Art gegen Gebrauchswerte anderer Art austauschen. Also in Kürze ausgedrückt: ohne Gebrauchswert kein Tauschwerth, mit welchem vereint ein Ding erst den Charakter der Waare annimmt.

Sieht man jedoch vom Gebrauchswert der Waarenkörper ab, so bleibt ihnen nur noch eine Eigenschaft, die von Arbeitsprodukten. Die in sie bei ihrer Produktion (Erzeugung, Herstellung) hineingestrickte Arbeit versteht ihnen erst Werth. Hierbei ist demnach zu beachten, daß „ein Ding Gebrauchswert sein kann, ohne Werth zu sein. Es ist dies der Fall, wenn sein Nutzen für den Menschen nicht durch Arbeit vermittelt ist. So Luft, jungfräulicher Boden, natürliche Wiesen, wildwachsendes Holz u. s. w.“ Uebrigens kann „ein Ding nützlich und Produkt menschlicher Arbeit sein, ohne Waare zu sein.“ Wer nämlich durch seine Produktion eigenes Bedürfnis befriedigt, schafft zwar Gebrauchswert, aber nicht Waare. „Um Waare zu produciren, muß er nicht nur Gebrauchswert produciren, sondern Gebrauchswert für andre, gesellschaftlichen Gebrauchswert.“ Endlich kann kein Ding Werth sein, ohne Gegenstand zu sein. „Ist es nutzlos, so ist auch die in ihm enthaltene Arbeit nutzlos, zählt nicht als Arbeit und bildet daher keinen Werth.“

Um die Größe des Werthes einer Waare zu messen, muß man das Quantum (die Größe oder Menge) der im Gut enthaltenen „werthbildenden Substanz“, d. h. der Arbeit, ermitteln. Hierbei ergibt sich, daß die zur Herstellung eines Gebrauchswertes oder Gutes gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit es ist, welche die Werthgröße bestimmt. Folglich haben Waaren, worauf gleich viel nützliche Arbeit verwandt worden ist, oder die in derselben gesellschaftlichen Durchschnittsarbeitszeit verfertigt sind, gleiche Werthgröße oder gleichen Tauschwerth.

Während die Waare also Gebrauchswert von Natur hat, indem sie durch menschliche nützliche Arbeit und unter Mitwirkung von Naturkräften aus Naturstoffen erzeugt wird, wird ihr gesellschaftlicher Werth (Tauschwerth) erst sichtbar durch ihre Beziehung auf andere Waaren, zumum im Austausch mit denselben. Die Werthform, d. h. diejenige Form, in welcher der Werth eines Gegenstandes zur Erscheinung kommt, muß greifbar sein. Nicht an sich selbst kann man seine Größe messen, sondern nur an einem andern (zweiten) Gegenstand. So geht es auch der Waare. „Ander“, sagt Marx, „z. B. der Rock als Werthding der Leinwand gleichgesetzt wird, wird die in ihm stehende Arbeit der in ihr stehenden Arbeit gleichgesetzt.“ Ferner: „Im Werthverhältniß, worin der Rock das Äquivalent (gleichwerthig Ding) der Leinwand bildet, gilt also die Rockform als Werthform. Der Werth der Waare Leinwand wird daher ausgedrückt im Körper der Waare Rock, der Werth einer Waare im Gebrauchswert der andern.“

„Der in der Waare eingehüllte innere Gegensatz von Gebrauchswert und Werth wird also dargestellt durch einen äußeren Gegensatz, d. h. durch das Verhältniß zweier Waaren, worin die eine Waare, deren Werth ausgedrückt werden soll, unmittelbar nur als Gebrauchswert, die andere Waare hingegen, worin Werth ausgedrückt wird, unmittelbar nur als Tauschwerth gilt.“

Nunmehr mit der Darlegung der totalen (völligen) und entfalteten Werthform, sowie der allgemeinen Werthform, weitergehend, sagt Marx mit Bezug auf das Entwicklungsverhältniß von relativer (im Verhältniß zu einer andern Form stehenden) Werthform und Äquivalentform: „Die einfache oder vereinfachte relative Werthform einer Waare macht eine andere Waare zum einzelnen Äquivalent. Die entfaltete Form des relativen Werthes, dieser Ausdruck des Werthes einer Waare in allen andern Waaren, prägt ihnen die Form verschiedenartiger besonderer Äquivalente auf. Endlich erhält eine besondere Waarenart die allgemeine Äquivalentform, weil alle andern Waaren sie zum Material ihrer einheitlichen, allgemeinen Werthform machen.“

Erst von dem Zeitpunkte an, wo die einheitliche Werthform der Waarenwelt, indem eine bestimmte Waarenart als allgemeines Äquivalent dient, Festigkeit und allgemein gesellschaftliche Gültigkeit gewonnen hat, tritt das Geld — die Geldform — auf. Die Geldform, worin sich von gesellschaftswegen alle Werthe messen, ist gegründet auf die einfache Waarenform, Gold und Silber bilden ihren stofflichen Träger. Wie jede andere Waare kann das Gold oder Silber seine eigene Werthgröße nur mit Beziehung auf andere Waaren ermitteln. Sein eigener Werth ist bestimmt, durch die zu seiner Gewinnung nötige Arbeitszeit und drückt sich in dem Werth jeder andern Waare aus, „worin gleichviel Arbeitszeit geronnen ist.“

Die Waaren werden folglich nicht durch das Geld nach einerlei Maß messbar, sondern umgekehrt. Weil alle Waaren als Werthe vergegenständlichte menschliche Arbeit, daher an und für sich nach einerlei Maß messbar sind, „können sie ihre Werthe gemeinschaftlich in derselben besonderen Waare messen und diese dadurch in ihr gemeinschaftliches Verhältniß oder Geld verwandeln.“

Es würde zu weit führen, alle Erörterungen zu verfolgen, welche Marx zur Begründung und Klarstellung des Charakters und der Funktionen des Geldes auf mehr denn fünfzig Seiten seines Buches vornimmt. Gold und Silber, welche als Geld funktionieren, müßten in beliebige Theile zerlegt werden können, ohne ihren Gebrauchswert für die einzelnen Stücke zu beeinträchtigen, um als Geld auftreten zu können. Und wir erkennen diese ihre Fähigkeit vom Barren bis herab zur kleinsten Münze. Diese Fähigkeit zur Zerlegung in fortschreitend gleiche Theile muß bei beiden Hauptfunktionen des Geldes, als Maß der Werthe und als Maßstab der Preise zu dienen, vorausgesetzt werden. Als Werthmaß dient das Geld dazu, die Werthe der verschiedensten Waaren in Preise zu verwandeln, z. B. 1 Stück Tuch ist gleich 30 Thlr. Als Maßstab der Preise und zwar als ein festgesetztes Metallgewicht, mißt es diese Geldtheile, z. B. 30 Thlr. sind gleich ein Pfund Silber. Wie also ein bestimmtes Gold- oder Silbergewicht als Maßstab des Preises dient, weil es unabänderlich für eine und dieselbe Gold- resp. Silbermasse, sie sei zerstückt oder ein Ganzes, Maßeinheit ist, so kann Geld selbst nur als Maß der Werthe (der Waaren) dienen, weil es selbst Arbeitsprodukt und somit je nach der in ihm enthaltenen gesellschaftlich notwendigen Durchschnittsarbeit veränderlichen Werthes ist.

Die Umwandlung der Waare in Geld oder der Verkauf derselben erfolgt seitens des Waarenbesizers, um dadurch in den Stand gesetzt zu werden, selbst als Käufer auftreten und somit seine Bedürfnisse befriedigen zu können. Das Geld bezieht sich also wieder auf eine andere oder auf mehrere andere Waaren; die erste Waare wurde verkauft, weil sie für ihren Producenten oder Besizer keinen Gebrauchswert enthielt. Der Werthkörper, in den sie sich für ihn verwandelte, das Geld, diente nun zum Ankauf von Gebrauchswerten, gab demnach nur die Form, in welcher die Waaren ihren Werth gegenseitig ausdrückten. Und so geht es beständig weiter; jeder neue Verkauf fängt da an, wo der letzte Kauf geschlossen. Der Kreislauf, welchen die eine Waare in ihrem Umwandlungsprozeß beschreibe, „verschlingt sich unentwirrbar mit den Kreisläufen anderer Waaren.“ Das Ganze dieses Vorganges stellt sich dar als Waarencirculation, wobei das Geld die Funktion des Circulations- (Umlaufs-) Mittels verrichtet.

Daß das Geld nicht bloßes Werthzeichen ist, ihm aber auch durch seine bevorzugte Stellung in der Waarenwelt und Waarencirculation mehr als ein gewöhnlicher Waarengeld innewohnt, wird nun Niemand mehr bezweifeln können. Was die Waare Geld leiblich (Gold, Silber) oder durch ihren Stellvertreter (Papiergeld u. s.) vor uns hintreten, immer wird sie in ihren verschiedenen Funktionen die ihr von gesellschaftswegen aufgedrückte Auszeichnung beibehalten, gleichviel ob sie als Mittel der Schabildung, als Zahlungsmittel oder als Weltgeld ihren Lauf erfüllt. Diese Auszeichnung liegt darin, daß das Geld als alleinige Werthgestalt des Tauschwerthes allen andern Waaren als bloßen Gebrauchswerten gegenüber bestimmt und demgemäß, wie sich — höchst beachtenswerth — im Verfolg ergibt, in der industriellen Gesellschaft zugleich Ausgangspunkt des Kapitals ist.

Die angeblichen sozialen Theorien und die wirklichen politischen Bestrebungen des Herrn Bakunin.  
 V. Schlußfolgerungen.  
 Im vorigen Artikel ist gezeigt worden, daß Herr Bakunin die deutschen Arbeiter und Sozialisten den Franzosen denunziert und verleumdet, den Nationalitätenhaß anstachelt und gleichzeitig die Czaren herausstreicht, ja Rußland gegen die deutsche Freiheit erhobene Anklage, es sei der Hort der Reaktion, in Schutz nimmt und die Anklage — als ob sie gegen ihn gerichtet wäre — Deutschland zurückzieht, Alles in schroffem Widerspruch mit den Thatfachen und mit seinen eigenen früher geäußerten Ansichten, also wider besseres Wissen.

Was kann ein solcher Mann in der Internationalen Arbeiterassoziation wollen?  
 Die Internationale ist und soll sein die bewußte und organisirte Cooperation des revolutionären Bestandtheils, nämlich des Proletariats aller Nationen. Was hat sie Anziehendes für Herrn Bakunin, der nur revolutionäre und rationale „Instinkte“ der Völker und der Parteien kennt und von keiner Organisation, in der ein Zwang, selbst auf eine Minorität, ausgeübt wird, etwas wissen will?

Während Herr Bakunin in seiner literarischen Thätigkeit alle internationalen Grundzüge verläugnet, überspannt er, eingetreten in die Internationale, die Internationalität so weit, daß er die Franzosen und die Deutschen schulmeister und den ganzen jahrhundertelangen Gang ihrer geschichtlichen Entwicklung für einen Holzweg erklärt, der nicht zum Ziele führt! Zum Ziele führt allein die „negative Macht“, d. h. die Ohnmacht. Dies gilt aber nur für die „westliche Civilisation“, nicht für Rußland. Es ist vielmehr, nach Herrn Bakunin, das größte Glück für Europa, seine einzige Rettung, gegen das überdülterte und gegen Europa herandrückende Asien das Rußlands stramme militärische, centralisirte „positive Macht“, die asiatische Fluth eindämmt. Die „positive Macht“ Rußlands, für welches Herr Bakunin abwechselnd „le monde slave“, „die slavische Welt“ steht, muß also, zum Heile Europas, erhalten, unter Umständen vergrößert werden! Das ist des Pudels Kern.

Und damit enthüllt sich uns denn glücklich Herr Bakunin als noch genau Derselbe, der schon 1848 als „russischer Patriot“ im Namen des Proger Slaventongresses ein panslawistisches Manifest herausgab, in welchem er die Deutschen und Ungarn, nicht etwa Einzeln derselben, sondern Alle, als die Unterdrücker der Slaven hinstellte.

Damit ist aber auch die ganze Taktik erklärt, die Herr Bakunin zu dem häufigen, in den früheren Artikeln nachgewiesenen, chameleonartigen Wechsel seines theoretischen Kostüms nöthigt.

Herr Bakunin handelt als nationaler Russe und nur als solcher. Er hat kein Verständnis für die „westliche Civilisation.“ Für ihn ist sie in der That werthlos. Wär: er international, so würde er, wie es die verschiedenen Sprachgruppen der Internationalen thun, seine Thätigkeit gegen die Zustände seines eigenen Landes wenden, dort, wo er die Verhältnisse kennt, die internationalen Prinzipien verbreiten. Aber nein! In Rußland ist bereits Alles in Ordnung, die Russen, selbst die Popen und Knafe, sind bereits Kinder der „neuen Welt.“ Herr Bakunin hat Besseres zu thun: er muß das westliche Europa nach dem russischen Muster revolutioniren.

Wie? — das hat er ja (siehe unseren dritten Artikel, No. 68 des „Volksstaat“) an Frankreich entwickelt. Und dieser Herr, der kein französisches Bauerndorf anders revolutionirt, als dadurch, daß er ihm von außen her mittels eines bewaffneten Freicorps, „das sich in Respekt zu setzen vermag“, eine provisorische Regierung aufoktrohirt, — dieser selbe Herr Bakunin, will, daß sich die Internationale selbst enthaupte, ihren Generalkath abschaffe, sich in einzelne Landes-Gruppen und sodann in einzelne souveräne Sektionen auflöse?? Und wir sollen an die Aufrichtigkeit auch nur einer einzigen der Theorien des Herrn Bakunin glauben? Das hieße eine gar zu geringe Meinung von seinem Verstande haben.

Herr Bakunin handelt offenbar nach Zweckmäßigkeitsbrüskaden. In Bern verabscheut er den Kommunismus, in Lyon ist er Kommunist. Im „Volksstaat“ ist er dankbarer Freund und Verehrer der deutschen Wissenschaft, in den „Briefen an einen Franzosen“ sind die Deutschen die ärgsten Feinde Europas. In Rußland ist er Verehrer des starken Staats, den er in Europa abschaffen will. Die Slaven wollen und werden sich vereinigen, die deutsche Einheit ist eine Bedrohung. Solche Gegensätze sind nur aus einer ganz bornirten, stocknationalen Gesinnung erklärbar.

Wem kommen aber derartige Bestrebungen, die lediglich darauf gerichtet sind, die Kräfte der europäischen Kulturstaaten zu desorganisiren, zu zersplittern und gegen einander zu kehren, wem kommen solche Bestrebungen zu Gute? Dem russischen Volke? Im Gegentheil. Das russische Volk kann nur frei werden und auf die gleiche Stufe mit den westlichen Nationen gelangen, wenn diese selbst die russischen Uebergriffe zurückdrängen, wenn sie Rußland alles weitere Erobern unmöglich machen, wenn sie Polen wiederherstellen, und zwar ein lebensfähiges Polen, ein Polen mit Seehäfen, ein Polen, das Rußland gemachsen ist. Dann erst kann Europa, dann erst kann auch Rußland seine „häuslichen Angelegenheiten“ ordnen. Der Panslawist Herr Bakunin handelt also, indem er die Franzosen und die Deutschen hintereinander hetzt und die Internationale zu desorganisiren sucht, deren erster Ruf bei ihrem Entstehen die Wiederherstellung Polens war, nicht einmal im Interesse seiner Nation, sondern einzig und allein im Interesse der herrschenden Klassen Rußlands, der russischen Reaktion.

Ob sich Herr Bakunin dessen bewußt ist, oder nicht, mag die persönlichen Bekannten des Herrn Bakunin interessieren; für uns genügt es, die Thatfachen festgestellt zu haben, um aus ihnen den Schluß zu ziehen, daß innerhalb der Internationalen Arbeiterassoziation weder für die angeblichen Theorien noch für die politischen Umtriebe des Herrn Bakunin Raum ist.

# Politische Uebersicht.

**Briefstieberei.** Herr Generalpostdirektor Stephan hat anlässlich der in Nr. 59 des „Volksstaat“ erwähnten Beschwerde des Mainzer Kaufmanns Rade eine Untersuchung einleiten lassen, und veröffentlicht jetzt als Resultat derselben, „der Beweis habe nicht geführt werden können, daß in irgend einem Falle eine Verletzung des Briefgeheimnisses seitens eines Postbeamten vorgekommen sei“.

Es klingt dies fast wie ein schlechter Scherz, denn diejenigen Herren, welche man allgemein im Verdacht der Briefstieberei hat, sind, wie Herr Stephan sehr genau weiß, keine Postbeamte. Des Weiteren theilt Herr Stephan mit, daß allerdings ein von Hrn. Rade abgeleiteter Brief dem Adressaten mit verletztem Couvert zugegangen ist, behauptet aber, „nach den statthabenden Ermittlungen muß als unzweifelhaft angenommen werden, daß diese Verletzung lediglich in Folge der mangelhaften Beschaffenheit des zu dem Couvert verwandten Papiers eingetreten“ sei. Hr. Stephan wird uns erlauben, bloß die von ihm zugestandene Thatsache, daß ein Briefcouvert verlegt war, als „unzweifelhaft“ zu betrachten, dagegen das „unzweifelhaft“ dessen, was nach seiner Behauptung „angenommen werden muß (!!)“ mehr oder weniger gelind zu bezweifeln. Um so mehr, als Hr. Stephan selbst diesem „unzweifelhaft“ einen bedenklichen Schlag versetzt, indem er gleich darauf bemerkt, „eine nähere Feststellung in dieser Beziehung sei nicht möglich gewesen, — da das betreffende Couvert nicht mehr vorgelegt werden konnte!“ Also, „nähere Feststellung nicht möglich“, aber doch „unzweifelhaft“! Trotz dieses Wanders Stephan'scher und intelligenzstaatlicher Logik wird man jedenfalls gut thun, für die Couverts der Briefe, die man der von dem Herrn Generalpostdirektor geleiteten Anstalt zur Beförderung anvertrauen muß, recht dickes Papier zu nehmen. Daß das betreffende Couvert des von Hrn. Rade abgeleiteten Briefes, „nicht mehr vorgelegt werden konnte“, ist übrigens auch noch deshalb recht fatal, weil interessant gewesen wäre, festzustellen, ob es nicht etwa vielleicht von der Sorte war, die Hr. Generalpostdirektor Stephan seiner Zeit dem Publikum zum Gebrauch empfohlen hat.

Doch weiter. Hr. Generalpostdirektor Stephan hat noch einen andern Fall von Briefstieberei zu untersuchen gehabt, der von Rolandsee (Rheinprovinz) aus denunziert worden war. Hier hat die Untersuchung ergeben, daß dort allerdings Briefe „namentlich nach dem Ausland aus der (katholischen) Erziehungsanstalt Nonnenwerth“ unterschlagen worden sind. „Ein bisher dort beschäftigt gewesener Postgehülfe“ ist der That schuldig geworden, die er der Marken wegen verübt habe, und „steht der gerichtlichen Bestrafung entgegen.“

Die Sache klingt sehr sonderbar, den mildesten Ausdruck zu gebrauchen. Daß ein Postbeamter sich als Thäter gemeldet hat, glauben wir gern, was wir aber einigermaßen auffallend finden, ist dessen Vorliebe („namentlich“) für katholische Briefmarken. Wir hatten immer gedacht, bei uns im verständigsten Norden fragten die Spitzbuben nichts nach der Religion ihrer Kunden. Auch möchten wir sehr gern wissen, was aus den gestohlenen Briefen geworden ist und — ob die Neigung zu katholischen Briefmarken so ganz von selbst in das Herz des geständigen Postgehülfen gekommen ist. Daß untergeordnete Beamte die Südböden für höhere abgeben, ist ein alltägliches Ereignis. Wenn Hr. Generalpostdirektor Stephan den wohlbegründeten Argwohn gegen das von ihm geleitete Institut wirklich beschwichtigen will, so wird er die strengste Untersuchung veranlassen und zwar vor einem öffentlichen Tribunal, wozu ja das Rheinland die beste Gelegenheit bietet. Freilich vor ein öffentliches Tribunal treten, hat seine Unbequemlichkeiten, — eine Zeitung konfiszieren lassen, ist leicht. Wird übrigens — wir meinen das Constatiren — mit Bezug auf den „Volksstaat“ nichts nützen.

(Apropos. — Die „Volkszeitung“ hat unsere neuliche No. 12, betr. Briefstieberei, nicht abgedruckt. Der tugendhafte Rappel war also von sehr kurzer Dauer.)

Eine historische Erinnerung. Am 28. Dezember 1791, als der Krieg mit dem kontrerevolutionären Ausland sich als unvermeidlich herausstellen begann, erließ die französische Nationalversammlung (die Legislative) ein Dekret zur Organisation von Freiwilligen-Bataillonen der Nationalgarde. In diesem Dekret wird Jeder, der sein Bataillon vor Ablauf eines Jahres verläßt, mit der Strafe bedroht, 10 Jahre lang nicht in der Armee dienen zu dürfen! Der Jubrang unter die Fahnen war damals, daß sei im Vorbeigehen bemerkt, so groß, daß man Gesetze erlassen mußte, um das Aufhören ganzer Gewerbe zu verhindern. Also nicht dienen dürfen eine Strafe! Vergleiche man dieses Dekret mit dem Auswanderungsverbot, das die Preussische Regierung fordern für Militärpflichtige erlassen hat, und wir haben einen jener geschichtlichen Contraste, die Systeme und Zeitperioden charakterisieren. Dort Jung und Alt zu den Waffen eilend, und die Verweigerung des Rechts, die Waffen zu führen, von der höchsten Behörde als Strafe angedroht — hier Alt und Jung aus dem Land eilend, um der Pflicht zur Führung der Waffen zu entinnen, und die Regierung auf der Jagd nach Mittel, die flüchtigen Pflichtigen einzufangen, die Flucht der flüchtigen Pflichtigen zu verhindern! Die militärische Anziehungskraft der französischen Revolution im Gegensatz zur militärischen Abstößungskraft des preussischen und deutschen Kaiserreichs dürfte den Gründern und Brüdern des Letzteren keine sehr günstigen Aussichten für die Zukunft eröffnen.

Der Juristentag hat die Erwartungen der Herren Schwärze und Conf. nicht erfüllt; und sind dieselben mit ihrem Attentat gegen das Schwurgericht kläglich abgeblüht. Wir werden auf den Gegenstand zurückkommen. Weiter hat sich der Juristentag in Bezug auf die Preßgesetzgebung gegen die Cautionen und gegen die polizeiliche Beschlagnahme der Zeitungen ausgesprochen, dagegen die Frage der richterlichen Beschlagnahme offen gelassen. Die Haltung des Juristentags in Sachen der Preßgesetzgebung ist in so fern von Wichtigkeit, als sie, bei der Zusammenfassung und Autorität desselben, nicht ohne Einfluß auf die bevorstehenden Reichstagsverhandlungen über das Reichspreßgesetz bleiben wird.

In Frankreich hat der Musterrepublikaner Thiers die Feier des 4. Sept., d. h. der Gründung der Republik verboten. Herr Thiers bewieset dadurch, daß er aufrichtiger ist, als wir ihm zugestanden hatten, und das Ding, welches wir jetzt in Frankreich haben und als dessen Präsident er selber figurirt wenigstens nicht für eine Republik ausgehen will. Auch „unmöglich“ ist er geworden sein und bewieset haben, daß keines der von den Kriegserzählern gefällten Todesurtheile mehr vollstreckt, und die begnadigten Commendanten „nur“ auf die trockne Guillotine geschickt werden sollen. Wir glauben an diese „Milde“ schon deshalb, weil nächstens Herr Bazaine vor dem Kriegsgesicht zu erscheinen hat, und man einen so hochgestellten Herrn, dessen Verurtheilung leider nicht zu umgehen, doch unmöglich erschieszen kann.

Spanien ist augenblicklich damit beschäftigt, sich zu entgottlichen. Die Neuwahlen, die das neue Ministerium — es gibt dort bloß neue Ministerien — angeordnet hat, sind in ihrer überwiegenden Mehrheit zu Gunsten der Republikaner und Radikalen ausgefallen, während die Monarchisten fast leer ausgegangen sind. Gottlieb selbst reist auf der Popularitätsjagd im Lande herum, was überhaupt jetzt stark Mode ist unter den Fürsten und Prinzen, und bekommt mitunter von Bürgermeistern, Stadtverordneten und Bürgern sehr derb die Wahrheit gesagt, was in anderen Ländern nicht Mode ist unter den Bürgermeistern, Stadtverordneten und Bürgern. In Corogna z. B. wurde der fahrende Monarch von dem Stadtverordnetenvorsitzer Don Frederico Tapia mit folgender Rede empfangen:

„Sie sind hier in der Hauptstadt Salizna, eines Landes, das dem nationalen Geiste wie den Grundgesetzen der Freiheit gleich treu ergeben ist, das aber niemals einen Lohn seiner Tugend und seiner Friedfertigkeit empfangen hat, weil die schlechten Regierungen stets nur danach trachteten, sein Geld und das Blut seiner Kinder zu nehmen. 110 Meilen von jener centralisirenden Hauptstadt entfernt, welche Alles an sich reißt und verzehrt und wo man sich in die Reichthümer theilt, welche durch Arbeit und Entbehrung des grämlichen spanischen Volkes erzeugt worden sind, hat Salizna niemals trotz seiner gerechten Ansprüche einen verhältnismäßigen Antheil an den Günstbezeugungen erlangen können, mit denen die andern Provinzen bedacht worden sind. Der traurige Zustand unserer Eisenbahn, die Armut unserer Bevölkerung, die Schulden, die auf unsere Gemeinden laien, beweisen die Wahrheit meiner Worte. Dies war es, was ich Ihnen zu sagen hatte, denken Sie darüber nach! Lassen Sie sich außerdem gesagt sein, daß, falls Sie ein Mann sind, der auf kluge und verwegene Thaten ausgeht, Sie hier keinen Boden finden werden, denn der Galizier hält auf Ehre und Recht. So treten Sie denn ein: Ihr Aufenthalt in dieser Stadt wird weder in unserm politischen Glauben, noch in unserm Frieden uns fördern.“

Der Preussische Kronprinz hat in Süddeutschland keine ähnlichen Erfahrungen zu machen gehabt, aber ganz nach Wunsch ist ihm auch nicht Alles gegangen, obgleich er in Volksschmeichelei ungefähr ebenso Großes leistete, wie das fortschrittliche Philisterium in Fürstenschmeichelei. König Ludwig blieb unglücklich und hatte sogar die Grobheit, der Frau des Preussischen Kronprinzen den Eintritt in einen seiner Paläste verwehren zu lassen, und eine Einladung zur Berliner Fürstentagung mit den Worten abzulehnen: ich will nicht als Dekoration dienen. Kurz der Bruch zwischen München und Berlin ist vollständig, wird jedoch die Herren Sedanfestredner nicht gehindert haben, die Wunderblume der Deutschen Einheit, die uns auf den ruhmvollen Schlachtfeldern des heiligen Krieges erblüht sei, nach den bekannten Berliner) Notizen zu verherrlichen.

In Zusammenhang mit dem oben erwähnten Abenteuer der Preussischen Kronprinzessin posant die nationale Presse ins Land hinaus, die besagte Dame habe in das königliche Schloß gehen wollen, um ihr jüngstes Kind zu säugen. Es ist nicht sehr delikat, so etwas an die große Glocke zu hängen, aber wie „menschlich“ es die hohe Frau erscheinen läßt! Die betreffenden Stribenten wollen wir daran erinnern, daß die Kaiserin Maria Theresia nicht bloß ihre eigenen Kinder selbst säugte, sondern auch einmal einem Proletariatskind die Brust gab. Wir hoffen, der Wink wird bei der zweiten Auflage der Anekdote benutzt.

## Aus Amerika.

New-York, 26. Juli 1872.

### Der erste Kongreß der Internationalen Arbeiter-Assoziation in America

wurde eröffnet Sonnabend den 6. Juli Nachmittags 6 Uhr im 10 Ward-Hotel, New-York, durch G. Spenger, protokollierender Secretair des provisorischen Föderalraths im Namen desselben. Ein Mandatprüfungs-ausschuß wurde eingesetzt und die Sitzung vertagt, bis derselbe berichtet. Als Nichtschauer für den Anstich galt, daß jede Zulassung begehrende Section genaue Liste ihrer Mitglieder und Mitteilung über Zahlung der Jahresbeiträge liefere, mindestens zwei Drittel Lohnarbeiter hätte und die Beschlüsse des Generalraths (also dessen Autorität) über die hiesigen Angelegenheiten anerkenne.

Auf dem Kongreß waren vertreten:

Section	Ort	Sprache	durch
I	New-York	deutsch	G. Carl
II	französisch	Daabert u. David	
III	skandinavisch	G. Rortel	
VI	deutsch	H. J. Bertrand	
VII	irlandisch	Kirman	
X	französisch	E. Wilson	
XI	deutsch	F. Mills	
XIII	deutsch	D. Kronberg	
XXXVII	italienisch	Cetti	
I	Chicago	deutsch	H. Meyer
II	deutsch	G. Kling	
III	deutsch	R. Starke	
I	Philadelphia	deutsch	B. Dettle
II	deutsch	P. Hah	
I	San Francisco	englischredend	G. Spenger
II	englischredend	R. Bissert	
III	französisch	F. A. Sorge	
I	St. Louis	deutsch	H. Volte
II	englischredend	S. Kavanagh	
I	Baltimore	deutsch	L. Herzog
XLII	Westhoboken	französisch	Richard
XLV	Brooklyn	amerikanisch	G. O. Ward

Also 22 Sectionen mit 23 Delegationen. — Nach dem Bericht des Mandatprüfungs-ausschusses schritt man zur Wahl der Schriftführer und wurde J. A. Berran zum Schriftführer ernannt und Richard zu seinem Gehältn, sowie Sorge und Spenger zu Uebersetzern. Es wurde beschlossen, daß kein Abgeordneter mehr als ein Mal und länger als 10 Minuten über denselben Gegenstand sprechen dürfe, und dann wurde die vom provisorischen Föderal-Rath unterbreitete Tagesordnung für den Kongreß angenommen.

Die monatlichen Berichte der Secretäre für das Ausland wurden verlesen und einem besonderen Ausschuss überwiesen. Der eigennamnt dieser Bericht: behandelte ziemlich ausführlich die ganze Angelegenheit der sogenannten Spaltung. Der zweitgenannte enthielt besonders Berichte über die hier veranstalteten Sammlungen: für die Kommune-Frühdlinge gingen nach Genf 1400 Francs, nach London

150 Pfd. Sterling (1000 Thlr.), nach Chicago an die Abgebrannten 166 Dollars, nach Pennsylvania an die ausständigen Vergleite 87 Dollars, nach Connecticut an die Steindreher 50 Dollars und außerdem verschiedene andere Summen nach Deutschland und anderen Orten.

Eine umfangreiche Vorlage über die Organisation in diesem Lande der Föderal-Rath und die Stellung gegenüber den bürgerlichen Parteien wurde vom provisorischen Föderal-Rath dem Kongreß gemacht, verlesen und einem besonderen Ausschuss über Vorschläge und Anträge überwiesen, wozu die Sitzung 10 Uhr Abends geschlossen wurde.

Sonntag Morgen 9 Uhr wurde die Sitzung wieder eröffnet. Der beständige Ausschuss beriet die Berichte der zwei Secretäre, welche in der ersten Sitzung verlesen waren, in vollständiger Ordnung.

Die Diskussion über die politische Stellung wurde auf die Abend-sitzung verschoben und es wurden nun die Berichte der einzelnen Sectionen verlesen. Section I (New-York) macht in ihrem Bericht eine vollständig ausgearbeitete Vorlage über Arbeits-Statistik und legt ein genaues Schema dazu vor. Ein Komitee über Statistik wird niedergesetzt mit dem Auftrag, die Vorlage zu prüfen und dem Kongreß darüber zu berichten. Section 2 (von San Francisco) unterbreitet dem Kongreß eine längere Denkschrift über die Frage der Einwanderung, oder vielmehr der Einführung (Imposition) der Chinesen, natürlich unter besonderem Hinweis auf die Zustände Kaliforniens, wo die Chinesen jetzt schon fast den größten Theil des Arbeitsmarktes beherrschen und alle Andern verdrängen. Die San-Francisco-Sectionen ersuchen den Kongreß um Beibringung ihrer Denkschrift und Unterstützung ihrer Bestrebungen, diesen Uebel Einhalt zu thun. Diese Angelegenheit wurde auf die Tagesordnung der Abend-sitzung gesetzt. — Section 11 (New-York) reicht eine gut ausgearbeitete Vorlage für Centralisirung der Organisation ein und viele andere Berichte geben Zeugniß von dem sich immer mehr geltend machenden Bedürfnis der Sectionen nach einer strengeren Zusammenfassung der Kräfte. Um 1 1/2 Uhr wurde die Sitzung geschlossen.

Um 3 Uhr trat der Kongreß wieder zusammen und wurde zuerst ein Begrüßungs-Telegramm von Philadelphia zur Mittheilung gebracht und freudig angenommen.

Der Ausschuss für Statistik empfiehlt dem Kongreß Annahme des von Section 1 (New-York) eingereichten Schemas, was einstimmig genehmigt wird nebst Auftrag an den Föderal-Rath, das Schema zur Verwendung in den Sectionen drucken zu lassen. — Ein besonderes Komitee wurde erwählt, um dem Kongreß Beschlüsse über die Stellung des General-Raths gegenüber den Umtrieben der Bakuninischen Alliance „Fédération Jurassienne“ und anderer Gesellschaften vorzulegen. Das Komitee über Vorschläge händigte seinen Bericht ein zu Gunsten der Vorschläge des provisorischen Föderal-Raths und der Kongreß schritt nun zur Berathung derselben. Diese Berathung nahm auf. Sonntag den größten Theil der Sitzung des Montag ein und es erschien passend, das Resultat derselben hier fortlaufend zu geben ohne Rücksicht auf die Reihenfolge der Sitzungen, worin die Berathungen stattfanden.

### A. Der Föderal-Rath.

- 1) Der Föderal-Rath besteht aus neun (9) von dem Kongreß auf ein (1) Jahr erwählten Personen, welche ermächtigt sind, sich durch fünf (5) weitere Mitglieder zu ergänzen.
- 2) Wenn die Abhaltung eines allgemeinen amerikanischen Kongresses nicht aus anderen Gründen nothwendig erscheint, kann der Föderal-Rath für das folgende Jahr durch Abstimmung aller Sectionen erwählt werden.
- 3) Der Föderal-Rath soll
  - a) die Propaganda organisiren und centralisiren;
  - b) die Organisation nach innen und außen vertreten;
  - c) die Beiträge einsammeln und das Nöthige an den General-Rath übermitteln;
  - d) den Lokal-Ausschüssen und so viel als möglich den einzelnen Sectionen einen monatlichen Bericht ersenden;
  - e) einen vierteljährlichen Finanzbericht geben.

- 4) Der Föderal-Rath ist ermächtigt, von Zeit zu Zeit ihm nothwendig erscheinende Vorschläge zu machen, welche bindende Kraft erlangen, sobald sie innerhalb eines Monats nach ihrem Erscheinen von einer Mehrheit der Sectionen genehmigt worden.
- 5) Der Föderal-Rath kann die Zulassung von Gesellschaften oder Sectionen verweigern, oder sie ausschließen, ohne sie jedoch ihres internationalen Charakters zu berauben, kann aber ihre Suspension beim General-Rath beantragen.
- 6) Der Föderal-Rath soll einen General-Secretär ernennen, welcher alle Schriftstücke zu zeichnen und Abschrift davon zu nehmen hat und dafür verantwortlich ist.
- 7) Der Föderal-Rath soll die Sectionen numeriren.

### B. Organisation.

- 1) Zehn (10) der Arbeiterklasse angehörige, die gleiche Sprache redende Personen können eine Section bilden, wenn mehr als eine Meile entfernt von der nächsten Section gleicher Sprache, deren Einwilligung im anderen Falle nöthig ist. Bei Verweigerung dieser Einwilligung kann Berufung an den Föderal-Rath eingelegt werden. Diese Regel findet keine Anwendung auf Gewerbetreibende.
- 2) Jede Section muß mindestens zu drei Viertel aus Lohnarbeitern bestehen.
- 3) Jede neugebildete Section soll beim Föderal-Rath Aufnahme begehren unter Einreichung von
  - a) einer genauen Liste ihrer Mitglieder, Name, Wohnung und Gewerke derselben mit Angabe, ob Lohnarbeiter oder nicht;
  - b) den Beiträgen für das laufende Jahr;
  - c) einen förmlichen Beschluß der Anerkennung und Beibehaltung der Grundzüge und allgemeinen Statuten der Internationalen sowie der Statuten der nordamerikanischen Föderation und
  - d) eine Abschrift ihrer eigenen Statuten.

- 4) alle Sectionen sollen Widerstands-Kassen bilden.
- 5) Die Sectionen sollen gute Beziehungen mit den Gewerkschaften unterhalten und ihre Bildung fördern.
- 6) Die Sectionen sind angewiesen, sich streng innerhalb ihres eigentlichen Wirkungskreises zu halten, wozu ist: Die Organisation und Centralisirung der arbeitenden Massen zum Schutz, Fortschritt und vollständige Emanzipation der Arbeiterklasse.
- 7) Am 3. Sonntag jeden Monats soll jede Section dem Lokal-Ausschuß oder dem Föderal-Rath einen getreuen und genauen Bericht über ihre Thätigkeit, Sitzungen, Finanzen u. s. w. einreichen.
- 8) Jede Section soll jährliche Erhebungen über den Stand der Arbeit machen nach dem vom Kongreß angenommenen Schema, davon einen vierteljährlichen Bericht dem Lokal-Ausschuß oder Föderal-Rath und einen ausgearbeiteten Jahresbericht dem Föderal-Rath in der dritten Woche des Juni jeden Jahres einreichen.
- 9) Jede Section mag dem Föderal-Rath Maßregeln oder Beschlüsse allgemeinen Charakters vorschlagen, welche allen anderen Sectionen innerhalb 6 Wochen nach Empfang unterbreitet werden müssen, wenn der Föderal-Rath dieselben billigt. — Berufung von jeder Handlung und Entscheidung des Föderal-Raths kann eingelegt werden.
  - a) An den nächsten Kongreß;
  - b) an alle Sectionen durch Abstimmung, wenn dieses Verlangen von einem Viertel (1/4) aller Sectionen gestellt wird.

10) Im Falle von Wohnungsveränderung ist jedes Mitglied der Organisation berechtigt zur Mitgliedschaft in der nächsten Section seines Wohnorts.

11) Ausschluß aus einer Section wird für die ganze Organisation verbindlich durch Genehmigung des Lokal-Ausschusses und des Föderal-Raths.

12) Der Grundlag der Gesamtverbindlichkeit (Solidarität) verpflichtet alle Mitglieder der Organisation, sich im Nothfall moralisch und materiell einander zu unterstützen, und muß dieser Nothfall von der Section, oder dem Lokal-Ausschuß, oder dem Föderal-Rath erklärt werden.

13) Ein Lokal-Ausschuß mit geeigneten Befugnissen soll an jedem Ort gebildet werden, wo mehr als eine Section besteht mit einer Gesamtmitgliedszahl von nicht weniger als fünfzig (50).

14) Die Mitglieder des Lokal-Ausschusses müssen wirkliche Mitglieder der von ihnen vertretenen Section sein.

15) Alle Sectionen desselben Orts sollen wenigstens ein Mal vierteljährlich allgemeine Generalversammlungen abhalten.

16) Alle Mitteilungen zwischen den Sectionen, Ausschüssen u. s. w. sollen durch die Hände der in diesem Zweck eingesetzten Behörden (Föderal-Rath, Local-Ausschuss u. s. w.) gehen, ausgenommen Klagen und Beschwerden gegen dieselben, und auch von diesen soll denselben geeignete Nachrichten gegeben werden.

17) Die gleiche Bestimmung gilt für den Verkehr mit dem General-Rath.

18) Jedes Mitglied der Organisation hat dem Föderal-Rath außer der Steuer für den General-Rath einen jährlichen Beitrag von 10 Cent zu entrichten.

19. Der Föderalrath ist ermächtigt, wenn es ihm notwendig erscheint, fünf (5) Cent mehr von jedem Mitglied einzuziehen. Andere außerordentliche Steuern müssen der Entscheidung der Sectionen unterbreitet werden.

20. Alle Beamte, Ausschüsse, Räte u. dergl. der Organisation können jederzeit durch Abstimmung ihrer Wähler entfernt oder abgesetzt werden, wenn solche Abstimmung von einem Viertel (1/4) der Wähler verlangt wird.

21. Diese Konstitution kann von jedem jährlichen Kongress geändert werden, wenn zwei Drittel (2/3) der Abgeordneten zustimmen. Sonntag, 7. Juli, Abends 7 1/2 Uhr, fand die dritte Sitzung dieses Tages statt, in welcher die Stellung der Organisation gegenüber den bürgerlichen Parteien und die chinesische Frage zur Erörterung kamen. Die Denkschrift der Section 2 von San Francisco wurde wieder vorgelesen und ein Komitee ernannt, um Vorschläge einzubringen. Das Komitee brachte nach mehreren Erwägungsgründen (besonders über den tatsächlichen Zustand der Sklaverei, worin sich die Chinesen befinden) die folgenden Beschlüsse ein, welche von dem Kongress angenommen wurden:

„Wir im Kongress versammelten Arbeiter protestieren gegen jede Sklaverei irgend welcher Form und Benennung.“

„Wir appellieren an die gesamte Arbeiter-Klasse Amerikas, den nötigen Druck auf die Regierung auszuüben zur Ergreifung von Maßnahmen, welche die Kapitalisten ebenso wie zur Beobachtung der Gesetze nötigen, wie die Arbeiter.“

„Wir verdammen die pflüchtereigene Handlungsweise des Ministers des Innern, welcher das System der Sklaverei unter Schwelgerei der Interessen der Arbeiterklasse begünstigt.“

Neben der vorliegenden Frage der politischen Stellung sprachen Deputierte (Kommunemitglied) und Richard in französischer, E. D. Ward und R. Wiffert in englischer, Kings in deutscher Sprache. Es wurde dann die Vorlage des provisorischen Föderalraths bezüglich dieses Punktes einstimmig angenommen. Derselbe weist darauf hin, daß alle bürgerlichen Parteien, wie sie auch heißen mögen, auf Aufrechterhaltung des bestehenden Ausbeutungssystems der Lohnarbeit gegründet sind; daß sie sich nur um die Werte streiten; daß sie alle der Arbeiterklasse feindlich gegenüberstehen; und unter Anziehung der Erwägungsgründe 3 und 4 der Einleitung zu den allgemeinen Statuten der Internationale wird beschlossen:

„Daß die Internationale Arbeiter-Assoziation in diesem Lande die Arbeiter dem Einfluß und der Macht jeder politischen Partei entziehen muß, deren bloßes Dasein ein Attentat auf die Bestrebungen der Arbeiter-Klasse ist.“

„Daß wir die arbeitenden Klassen organisieren und verbinden zu gemeinsamer unabhängiger politischer Handlung, ohne die korrupte Organisation der politischen Parteien nachzuahmen.“

Einige deutsche und französische, kürzlich angekommene Parteigenossen wurden dem Kongress vorgelesen und begriffen denselben bezüglich, worauf die Sitzung Abends 10 1/2 Uhr geschlossen wurde.

Montag, 8. Juli, Morgens 9 Uhr, begann die nächste Sitzung, in der zunächst die Protokolle der vorangegangenen Sitzungen vorgelesen und genehmigt wurden. Fernere Berichte von Sectionen gingen ein, sowie der Bericht des Secretärs für das Inland, welcher dem bezüglichlichen Ausschuss zugewiesen und von demselben in Ordnung befunden wurde. Darauf fand Beratung und Beschlußnahme über die oben mitgetheilten Organisations-Bestimmungen statt, welche um 1 1/2 Uhr Nachmittag beendet war.

Nach kurzer Mittagspause wurde die Sitzung wieder eröffnet um 2 1/2 Uhr, und erstattete das Komitee über die Stellung des Generalraths gegenüber den Umtrieben der Desorganisateur folgenden Bericht, oder machte vielmehr die folgende Vorlage:

„In Erwägung, daß seit geraumer Zeit ehrsüchtige und räufelstüchtige Menschen, begabte und unbegabte Agenten der Regierungen sowohl, als der verschiedenen Parteien alle Hebel in Bewegung setzen, um die Internationale Arbeiterassoziation zu sprengen oder zu theilen oder zu beherrschen;

„In Erwägung, daß ein Theil dieser Leute durch ihre Redefähigkeit oder ultraradikalismus eine gewisse Popularität und Einfluß bei unklaren Arbeitern erlangt haben;

„In Erwägung, daß sie diesen Einfluß benutzen, um Verdächtigungen und unwahre Gerüchte über den General-Rath zu verbreiten;

„In Erwägung, daß die öffentliche Meinung durch diese Umtriebe zu dem Glaubensverluste wird, als beständige Uneinigkeit in den Reihen der Internationalen Arbeiter-Assoziation.“

Aus diesen Gründen beschließt die Nord-Amerikanische Föderation, im Kongress versammelt:

1) Wir versichern den Generalrath unserer vollen Sympathie und Unterstützung;

2) Wir erklären unsere Billigung aller Handlungen und Maßregeln des General-Raths, soweit uns dieselben bekannt sind;

3) Der amerikanische Kongress wird die nötigen Schritte thun, um wenigstens zwei Delegirte auf den allgemeinen Kongress zu schicken mit der bestmöglichen Wahrung des General-Rath in seinen Maßregeln zu unterstützen und unsern europäischen Mitarbeitern Zeugnis abzugeben von unsern Gemüthsstimmung und Begeisterung für die gemeinsame Sache;

4) Wir erkennen die tiefe Nothwendigkeit einer starken Centralisation, da wir ohne dieselbe machlos der mehr und mehr wachsenden Centralisation der herrschenden Klassen Preis gegeben wären; aber wir glauben, daß nach Aufhebung aller Klassenherrschaft das föderative System, d. h. die selbständige kommunale Verwaltung, vorzuziehen ist.“

Diese Beschlüsse und Erwägungsgründe wurden einstimmig angenommen.

Ueber die Beschickung des allgemeinen Kongresses entspann sich eine längere Debatte, an deren Schluß der folgende Antrag angenommen wurde:

„Der Amerikanische Kongress sendet zwei Abgeordnete zum allgemeinen Kongress im Haag auf Kosten der gesammten Föderation, und fordert die einzelnen Sectionen auf, außer dem Mandate an bewährte Parteigenossen in Europa zu schicken.“

Der Kongress erwählte darauf Simon Dereute (früheres Mitglied der Kommune) und J. H. Sorge als Abgeordnete zum Kongress im Haag, und Beide nahmen die Sendung an. Der Föderal-Rath wurde angewiesen, die zu dieser Sendung nöthigen Steuern innerhalb 8 Tagen auszusprechen. Der Bericht des Schatzmeisters des provisorischen Föderal-Raths wurde dem Kongress vorgelegt und einem besonderen Ausschuss überwiesen.

Nach einer kurzen Pause nimmt der Kongress seine Arbeiten wieder auf und ernennt ein Komitee von Vieren (4) zur Durchsicht und Ueberprüfung der Protokolle und Beschlüsse des Kongresses. Es wurde beschlossen, daß alle Beschlüsse betriebs der Organisation gedruckt werden sollen. Ein Antrag wurde angenommen, daß der Föderal-Rath den nächsten amerikanischen Kongress im Juni 1873 einberufen und die Tagesordnungswörter Monate vorher bekannt geben soll. Der Sitz des Föderal-Raths wurde nach New-York bestimmt. Da das Finanzkomitee nicht im Stande war, in so kurzer Zeit einen betrieblichen Bericht zu erstatten, wurde der zu erwählende Föderal-Rath beauftragt, die Kassen-Angelegenheiten zu regeln und der Kongress schritt zur Wahl des Föderal-Raths. Es wurde beschlossen, daß der Föderal-Rath bestehen solle aus 3 Deutschen, 2 Franzosen, 2 Unglischredenden, 1 Scandinavier und 1 Italiener. Es wurden erwählt:

E. Carl, G. Volte, J. Bertrand (Deutsche), Levide und David (Franzosen), S. Kabanagh und G. St. Clair (Irländer), Laurent (Schwede) und Getti (Italiener).

Der provisorische Föderal-Rath wurde angewiesen, alles Eigenthum der Organisation dem Föderal-Rath zu überliefern, und seines Amtes entlassen, als der neu erwählte Föderal-Rath die geschwene

Ablieferung berichtet. — Das Protokoll der Montags-Sitzungen wurde nun vorgelesen und angenommen und darauf der erste allgemeine amerikanische Kongress der Internationalen Arbeiterassoziation geschlossen 10 Uhr Abends. —

### Internationale Gewerkschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter.

Meerane, 27. August. Die allgemeine Versammlung der Weber und Manufakturarbeiter, welche gestern hier tagte, war sehr gut besucht. Es waren mindestens 8-900 Personen anwesend. Gegenstand der Versammlung war die Verathung einer vom Vorstande des allgemeinen deutschen Weberbundes, Herrn Franz in Brauchau ausgearbeiteten Denkschrift, welche die sociale Lage des Weberstandes behandelt und in Form einer Petition an das sächsische Ministerium des Innern abgefaßt worden soll. Diese Denkschrift schildert die mißlichen Zustände, in welche die Arbeiter der Textilindustrie im Laufe der Jahre gerathen sind, und giebt durch allgemeine sachkundige Darstellungen die Ursachen der oberschwebenden abnormen Verhältnisse an und präcisirt in 4 Punkten die Forderungen, welche der Weberstand an die Staatsregierung zur Abhilfe der über ihn hereinbrechenden Calamität stellt:

- 1) Verbot aller Frauen- und Kinderarbeit in den Fabriken. Denn es darf wohl kaum erwähnt werden, wie die Frau durch die Fabrik ihrem häuslichen Beruf entzogen und entfremdet, das Kind durch das Fabrikleben demoralisirt wird, Beide aber dem Manne zum Concurrenzen werden und die Löhne darniederbringen.
- 2) Einführung eines zehnjährigen Normalarbeits-tages für Hausindustrie und Fabrik.

Durch eine staatlich geregelte Arbeitszeit würden die Arbeitsstunden, welche nur durch die planlose Ueberproduction entstehen, beschränkt und dem Arbeiter mehr Zeit zu wissenschaftlicher und gewerblicher Bildung werden; ferner würde dadurch ein normales Steigen der Löhne von selbst erfolgen.

- 3) Gesetzliche Regelung des Factorenwesens, und
- 4) Einführung von Statuten über Lohnverhältnisse und Consumtionsbedarf, sowie über Wohnungen und Gesundheitszustände der Arbeiter.

Hr. Franz aus Brauchau war persönlich anwesend und lieferte die nötigen Commentare zu diesen Forderungen etc. — Die Denkschrift ist in Articular Nr. 9 zu lesen, und machen wir alle Interessenten und Gewerkschaften darauf aufmerksam. Herr Franz als Referent, erklärte, daß diese Denkschrift als Eingab: nur kurz und gedrängt die traurigen Thatsachen ausführe, nur deuliche, und gab gern zu, daß es in Wirklichkeit oft und allem in noch viel schlimmer sei. Bei Punkt 1, Verbot der Frauen- und Kinderarbeit in den Fabriken, sagte Referent u. A. ungefähr: Diese Forderung scheint inhuman gegenüber der Emancipation der Frauen. Dem ist aber nicht so. Wir wollen unsere Frauen nicht emancipiren nach der Schablone der Kapitalisten, wir wollen nicht, daß durch diese Emancipation die Manneswürde des Arbeiters verlegt und herabgedrückt werde, wir wollen sein unnatürliches Verhältnis, aller Moral bar, zwischen den beiden Geschlechtern, wir wollen nicht, daß es bei uns komme, wie in England, daß der Mann hinter dem Ofen steht, Stämpfe strickt und Kinder wartet, während die Frau auf Arbeit in die Fabrik geht, — wir wollen die Frau emancipiren, frei machen von der schweren Arbeit, aber den Mann dazu verpflichten. Das Weib soll ebenfalls als Hausfrau, als Mutter und Erzieherin der Kinder neben dem Mann, dem Ernährer der Familie, stehen. 2) Die Einführung eines zehnjährigen Normalarbeits-tages. Hierüber entspann sich eine längere Debatte. Herr Bödcher aus Grimnitzhausen verlangt die neun- oder achttägige Arbeitszeit, da angeht die Leistungsdauer der heutigen mechanischen Kräfte bei 10 Stunden noch Ueberproduction stattfindet. Söllner, Binder, Eberlein und der Referent u. A. in sprachen für die Vorlage. Alle Redner waren aber darin einig, daß die Einführung des Normalarbeits-tages nur noch eine Frage der Zeit sei, die allerdings durch die Gesetzgebung gelöst werden müsse. Mehrere verlangten gleichzeitig eine strenge Durchführung der Sonn- und Festtagsfeier. 3) Die Regelung des Factorenwesens brachte ebenfalls eine Debatte. Ein Redner verlangte, mit den Factoren auch die mechanischen Webern mehr ins Auge zu fassen, damit nicht große Fabrikanten in ihren Fabriken bei jeigem flauen Geschäftszug ganze Commissionen als Lohnarbeit für kleinere Fabrikanten ohne Fabrik ausfinden und so dem armen Hausweber welcher unter dem Uebergangstadium von der Haus- zur Fabrikindustrie schon so sehr zu leiden muß, zum gefährlichsten Concurrenzen werden und ihm das letzte Brod vom Tische nehmen. 4) Einführung von Statuten über die socialen Verhältnisse und deren Verbesserung durch den Staat; hier wies Referent namentlich auf England hin und führte beispielsweise auch das beachtenswerthe Schreiben von Richards (zur Zeit Arzt in Lichtenhein) an, wo von der „Volksarmee“ Auszüge brachte, weil darin die Lebens- und Gesundheitsverhältnisse der Gitzberger, besonders der Stuhlarbeiter, sehr eingehend und mitunter recht treffend behandelt sind. Man müsse vor Allem die Krankheit erkennen, welche man sie heilen.

Nachdem Binder noch zum Eintritt in den Weber- und Manufakturarbeiter-Verein aufgefordert, Söllner desgleichen für die Gewerkschaften und zugleich auf den am 29. und 30. September hierorts in denselben Räumen stattfindenden Gewerkschafts-Kongress hingewiesen hatte, nahm Referent Franz das Schlußwort, um einigen Rednern zu erlauben, daß die feinsten Reserven unter den Arbeitern selbst oft das traurige Resultat unserer heutigen gesellschaftlichen Verhältnisse seien, in denen wir erzogen. Hierauf schloß Binder die Versammlung. (Nach dem „Criminisch. B. u. Br.“)

### Internationale Gewerkschaft der Schuhmacher.

Stuttgart, Am 26. August hielten wir hier im „Adelberger Hof“ eine ziemlich stark besuchte Versammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: „die Lohnfrage“. Schröder referirte. Referent erwähnte zuerst kurz, daß die Arbeiter überall und in allen Branchen an der Verbesseung ihrer Löhne thätig seien. Auch hier geht es nicht ohne die sehr gedrückte Lage ein Gleiches zu thun. Wie überall so auch hier, sind die Lebensmittel, sowie die Miethspreise seit Verdrängung des „glorreichen“ Krieges enorm gestiegen, die Arbeitslöhne dagegen sind dieselben geblieben. Die Arbeiter aber haben für sich aufgeschlagen und sagen einfach Rohmaterial und Arbeitslöhne sind in die Höhe gegangen, während letzteres doch gar nicht der Fall ist. Redner wies seiner darauf hin, daß hier alle Arbeiter, sogar die Tagelöhner besser bezahlt sind als die Schumacher, was aber nur der Uepperen Glaubheit und Nichtzuannehmlichkeit zuzuschreiben sei, denn hätten die Schuhmacher vergangenes Frühjahr besser zusammengeschaut, sie hätten gewiß ihre Lohnforderung von nur 20% durchgesetzt. Referent machte ferner darauf aufmerksam, daß eine gute Organisation erforderlich sei, um der sich immer mehr und mehr centralisirenden Kapitalmacht einen Damm entgegenzusetzen zu können.

Sobann empfahl Umwandlung, nicht mit einem gemeinsamen Strike, sondern nur wirksamem Vorzugehen. Nachdem Heber noch einige ermahrende Worte zum Anschlag an den Verein gesprochen und das Studium der sozialistischen Schriften empfohlen hatte, erklärten während der darauf folgenden Pause 17 Mann ihren Beitritt zu dem Verein. Nach der Pause sprach Schröder. — Mitglied des Allgemeinen Arbeitervereins und vor einigen Wochen hierher übergesiedelt — noch über die Lohnfrage und schlug die Annahme einer 15 1/2% igen Lohn-erhöhungsvorstellung vor. — Zum Schluß brachte Schröder folgende Resolution ein: „Die heutige Versammlung beschließt eine Commission zu wählen, die die Aufgabe hat, statistische Erhebungen über die Höhe der Löhne sowie der Lebensmittelpreise anzustellen.“ Strike war gegen, Burckhardt für die Resolution. Derselbe wurde schließlich mit allen gegen eine Stimme angenommen.

Mit sozialdemokratischem Gruß

J. A.: 1er Vorsitzende: B. Schröder.

### Meerane. \*) Kampfgewinn! Der unterzeichnete Vorstand hält es unter Begünstigung auf den vom Vorstand der Internationalen Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter-Gewerkschaft erlassenen Aufsatze zur Beschickung des vom 28. bis 30. September a. c. in unserer Stadt

tagend-n Congresses für seine Pflicht, Sie Alle hierzu im Namen der Meerraner Gewerkschaften dringend einzuladen. Seien Sie alle un von Herzen willkommen, gleichviel ob Sie bereits unserer Gewerkschaftsorganisation angehören, ob Sie in den Innungen alter Form oder noch unorganisiert mit uns den gleichen Kampf um's Dasein, um's tägliche Brod kämpfen.

Jeder Ort, sei er noch so klein, sei er noch so entlegen, er möge Sorge tragen, aus seiner Mitte mindestens einen Vertreter oder ein Mandat zu unserem Congress zu entsenden. Wir reichen Ihnen schon heute im Geiste die Bruderhand zum Willkommen, schlagen Sie ein und bringen Sie uns ein Herz voll Brüderlichkeit und den festen Willen entgegen, einen Stein hinzuwerfen zu dem Bau, dem lang ersehnten, lang erstrebten, der das Ziel unserer Wünsche, unserer Hoffnungen, unser Kämpfe krönen soll.

Wir untererseits geben Ihnen die Versicherung, daß es unser Bestreben sein wird, die kurze Zeit, die Sie in unserer Mitte verweilen werden, so nutzbringend und angenehm als möglich zu machen. Die Verhandlungen des Congresses sind öffentlich, Jedermann hat Zutritt.

Mit Brüderlichem Gruß und Handschlag für die Gewerkschaften zu Meerane

Das Lokalkomitee: August Söllner, Bevollmächtigter.

NB Den Delegirten Nachstehendes zur gefälligen Berücksichtigung: Am 28. September von Abends 8 Uhr an Versammlung in Köblers Restauration, Grimnitzhausenstr.

Am 29. und 30. d. im Hotel zum Bayerischen Hof, Hauptversammlung (laut bekannter Tagesordnung.)

Diesigen Delegirten, welche per Bahn ankommen, werden am Bahnhofe durch an röhren Schienen kenntliche Abgeordnete in Empfang genommen; jene, welche zu Fuß ankommen, wollen sich in Köblers oder in Ebners Restauration, Martinstraße einfinden, woselbst für das Weitere Ordnung getroffen sein wird.

Jeder Delegirte muß mit beglaubigtem Mandat und Ausgabe der von ihm vertretenen Mitgliederzahl versehen sein und bitten wir, wenn möglich, sich einige Tage zuvor brieflich anzumelden bei August Söllner, Eilen- jezt Poststraße 466, damit die nöthigen Vorkehrungen zu Quartieren rechtzeitig getroffen werden können.

Noch machen wir darauf aufmerksam, daß das gedruckte Sterbelschen Statut bei Herrn Aug. Haverber, Karlsstraße in der „deutschen Ecke“, unentgeltlich gegen Einreichung einer Frankomark von jezt ab zu haben ist.

Im Leuten verweisen wir auf die Bestimmungen der Vorort-Verwaltung laut Aufruf in Nr. 57. und Nr. 69 des „Volksblatt.“

NB. Alle arbeitfreundlichen Blätter und Zeitschriften werden ersucht, für möglichste Weiterverbreitung vorstehenden Aufrufs ihre Spalten zu öffnen.

Leipzig. Am 27. August hatte der hiesige Buchbinderverein ein allgemeine Buchbinderversammlung einberufen, welche sehr zahlreich besucht war.

Auf der Tagesordnung stand: „Die Lage der Buchbinder und die Bestrebungen des Buchbindervereins, sowie der Nutzen von Invaliden- und Reiseunterstützungskassen“. Das Referat hatte der Vorsitzende des Vereins, Herr Richter, übernommen. Derselbe erläuterte in seinem Vortrag das ökonomische Lohngesetz und hob hervor, daß die Löhne der Buchbinder, besonders für Stuhlarbeit, trotz der so sehr gestiegenen Lebensmittelpreise in den letzten Jahren nicht mitgezogen seien. Besonders wies Herr Richter auf die bei den Leipziger Buchbindern übliche lange Ueberarbeit hin, die am Drückendsten auf den Arbeiter lastet und mit ihr am Energiichsten zu bekämpfen sei. Um solche Uebelstände zu beseitigen sei es notwendig, sich zu vereinigen.

Nach kurzer Debatte wurde folgende Resolution von der Versammlung angenommen: „In Erwägung, daß es unbestreitbare Thatsache ist, daß aller Lebensunterhalt riesig im Preise gestiegen, die Arbeitslöhne hingegen nicht; in Erwägung ferner: daß die Ueberarbeit in jeder Beziehung, vorzüglich aber auf die Gesundheit des Arbeiters und seine Lebensdauer schädlich wirkt, beschließt die Versammlung der Buchbindergehülfen, durch ein aus ihrer Mitte gewähltes Komitee die Herrn Buchbinder-Versitzer zu ersuchen, vom 1. Oktober d. J. ab eine Verbesseung der Lage der Buchbindergehülfen herbeizuführen und zwar in folgender Weise:

Für Akkord- und Stundenarbeit 20 pCt. Lohnverhöhung, für Ueberstunden sowie Sonntagsarbeit 50 pCt. Entvergütung, sowie Montag- und Sonnabends um 6 Uhr Feierabend.“

Ueber Reise- u. Unterstütlungskassen gab der Vorsitzende des Buchbinderverbandes, Herr Pärtel, einige Erläuterungen und hob hervor, daß solche Kassen hauptsächlich als Organisationsmittel sehr zweckmäßig seien.

Als ein vorläufiges Resultat der Versammlung ist erwähnenswert, daß eine große Anzahl Kollegen dem Verein beitrug und daß es endlich unter den Leipziger Buchbindern zu tagen anfing.

An alle auswärtigen Berufsgehülfen, Buchbinder, Korsetz- und Cartonagearbeiter sei hiermit nochmals die Aufforderung gerichtet, liberal in gleicher Weise Vereine zu gründen, damit es bald möglich wird, uns über die lokale Organisation hinaus zu verbinden.

Briefe und Anfragen sind zu richten an Herrn J. Richter, Sternwartenstraße Nr. 23. Jeder Zugang von Buchbindern ist von Leipzig fernzubehalten.

Im Auftrag des Buchbindervereins. Otto Hühndorf.

Alle arbeitfreundlichen Blätter werden um Aufnahme des Vorstehenden ersucht.

NB. Als nachahmungswert für die Leipziger Buchbinder sei hiermit das Borgehen der Arbeiter der Bösenberg'schen Buchbinder empfohlen. Derselben arbeiten schon seit 3 Wochen Montag bis Sonnabend bis Abends 10 Uhr sowie Sonntag Vormittag, und ver-lanzen nach der allgemeinen Buchbinderversammlung die 50 pCt. Entvergütung für Ueberstunden mit den Bemerkten, daß sie im Falle der Nichtbewilligung nicht mehr über Feierabend arbeiten würden.

Herr Bösenberg zahlte keine 50 pCt. in Folge dessen arbeiten aber auch die Arbeiter nicht mehr über die normale Zeit hinaus. — Recht so, es ist dies das einfachste Mittel, die Arbeitsgeber zum Nachgeben zu bewegen. Ueber Einigkeit und ein klein wenig Coucage gehören dazu.

Ramenz, 2. September. Am Sonnabend, d. 30. August, fand dayer eine Volksversammlung statt, welche von 1000 Personen besucht war. Es fand eine reifliche über den ersten Punkt der Tagesordnung: „Die Arbeiterbewegung und die Presse“ unter großem Beifall der Zuhörer. Das zweite sprach über den zweiten Punkt der Tagesordnung: „Der bevorstehende Parteikongress zu Ramenz.“ Nach Annahme einer Resolution, in der die Versammlung sich mit den Prinzipien der Sozialdemokratie vollständig einverstanden erklärt und für die Verbreitung der Arbeiterpresse zu wirken verspricht, wurde die Versammlung von Gelfert mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Hatte schon während der Versammlung die Polizei — überwie nichtüberwachende — verschiedene Verzüge gegen das Vereins- und Versammlungsgesetz sich zu Schulden kommen, so ist dies doch nur ein gelindes Scorpel gewesen gegenüber dem, was nach dem Schluß der Versammlung sich abspielte. „Nach Schluß der Versammlung“, so berichtet der „Dresd. Volksbote“, „begab sich eine große Anzahl aus derselben nach dem hiesigen Schantiozial „zum Schönborg“, woyin sich auch die beiden Referenten der Versammlung Gelfert und Dajner begaben. Die Haltung der Gäste in diesem Lokale, dessen Raum: doch gefüllt waren, so daß der größte Theil seinen Platz einnehmend mußte, war maulschaf, es wurde weder geredet, noch gelächelt. Man tauschte gegenseitig seine Meinung über den Verlauf der Versammlung aus. Andere nahmen ihr Abschied ein. Nach Verlauf von etwa einer Stunde, als bereits Alle entlassen waren, wieder aufzubrechen um nach Hause zu gehen, erschien Herr Ober-Verbandsam Keller und fragte nach Gelfert. Gelfert, der sich sogleich meldete, wurde von Ober-Verbandsam aufgefordert, mitzugeben, weil er arretirt sei; als derselbe nach der Ursache fragte, warum er arretirt werde, sagte der Verbandsam: „das was Ihnen schon hören, kommen Sie nur mit.“ Gelfert wies seine Passkarte vor indem er meinte, diese genüge, worin er etwas verdorren hätte, daß man ihn klangeln könnte. Allein der Verbandsam bezugte sich nicht damit und rief sofort die Patrouille herein, die er mitgebracht

\*) Auf Wunsch noch einmal aufgenommen. D. H. d. B.

hau, nachdem sich Geklein abneigen schon ohne zu zögern der Anrechnung fügte. Daß die Anwesenden davon überrascht waren, ist leicht begreiflich, weshalb fragten sie sich gegenseitig, warum Geklein verhalten würde, der doch nichts verdröhen hätte. Einige richteten auch diese Frage an den Geklein, der sie aber zurückstieß und einen derselben an der Brust faßte und auch ihm sagte, daß er arretiert sei, der sich diesem auch nicht im Geringsten widersetzte.

Die Aufregung wuchs. Viele waren demütht, die Gemüther zu beschwichtigen, um ein großes Unglück zu vermeiden, das hier so leicht hätte geschehen können. Denn der Obergensdarm hatte bereits seinen Säbel gezogen, mit dem er über den Köpfen suchte. Die zwei Thüren zum Ausgang waren mit Soldaten besetzt, welche die Bajonnette vorgelegt hatten; noch mehr, er kommandirte sogar zum Laden, und die Soldaten führten die Manipulation auch aus, so sie wirklich auch geladen haben, kann nicht festgestellt werden, aber wie gesagt, sie führten die Handgriffe desselben aus. Der Vertrauensmann der hiesigen Mitgliedschaft, Karl Wende, der Alles aufbot, um ja Ausschreitungen von Seiten der Angerissenen zu verhindern, er wurde auch vom Obergensdarm dazu aufgefordert; er selbst wurde von dem Patronenführer, dem Gefreiten von Mantel, mit dem Bajonnet an die Stirn geschlagen, wüthender Schlag hätte eine schwere Verletzung und sogar den Tod herbeiführen können, hätte Wende sich nicht durch eine rasche Wendung davor schützen können. Und dies alles, nachdem Geklein schon abgeführt war und wo sich Niemand seiner Verhaftung im Geringsten widersetzte.

Endlich zog Herr Obergensdarm Keller mit den Soldaten ab, ohne eine Anrechnung, außer der Geklein, gemacht zu haben. Bei seinem Abgange sagte er noch: „Macht Euch einen vernünftigen Abend, Eure Lage soll verbessert werden. Es lebe die Sozial-Demokratie!“ Kurz darauf kam der Fabrik-Arbeiter Ernst Kunze herein, wies seine blutige Hand vor und sagte, daß er von einem Soldaten am hinteren Theile des Körpers mit einem Bajonnet getroffen wurde; es war ihm unwohl, man holte einen Arzt, Dr. med. Wiesner, der auch sofort erschien, die Wunde untersuchte, einen Verband anlegte und dem Verwundeten einen Attest ausstellte, daß die Verwundung konstatirt und die Vermuthung ausdrückt, daß Kunze durch einen Bajonnetstich verletzt sei.

Am Sonntag Vormittag begab sich der Vertrauensmann Wende mit noch einem Parteigenossen zum Herrn Bürgermeister und theilte ihm diesen Vorfälle mit, wobei sie zugleich um die Freilassung Geklein's nachsuchten. Der Herr Bürgermeister bedauerte diesen Vorfälle sehr und meinte, daß es gar nicht notwendig gewesen wäre, Geklein zu verhaften, weil er seine Passkarte vorgezeigt; freilassen könnte er ihn heute nicht, aber er werde so bald wie möglich dafür Sorge tragen und Geklein bis dahin alle Bequemlichkeiten zukommen lassen.

Was den Obergensdarm Keller zu einem solchen Vorgehen veranlaßte, wird die Untersuchung feststellen.

**Dresden, 4. September.** Herr Frohne aus Hannover wurde heute Morgen 7 Uhr durch zwei Criminal-Gendarmen verhaftet. — Louis Geklein in gestern nach einer 10tägigen Haft in Gamsitz hier wieder eingetroffen.

**Glauchau, 2. Septbr.** Reges und bewegtes Leben in Versammlung u. d. auf Freier herrsche in letzter Zeit in unserer Partei. Am 11. August hielt der Volksverein sein Stiftungsfest, Freunde und Gesinnungsgenossen waren aus der ganzen Umgegend erschienen, und vorzüglich erfreute uns Meerane mit zahlreichem Besuch; auch die Mitgliedschaft des deutschen allgemeinen Arbeitervereins war beim Anzuge wie bei dem Feste betheiligt. Herr Rottler aus Grimmschau hielt die Festrede und hatte sich das Thema des Weltunterganges ausgemählt. In längerer zündender Rede führte der bei uns von Freund und Feind geachtete und beliebte Sprecher aus, wie es möglich sei, daß im 19. Jahrhundert man sich noch unterfangen könne, derartigen Unsinne vom Weltuntergang dem Volke zu predigen. Er erklärte diese Abgesehen aus der mangelhaften Erziehung, wies nach, wie man systematisch dem Volke aber und Unglauben beibringe durch Vereinfachung der Naturwissenschaften. Redner kam hierbei auf die verschiedensten gesellschaftlichen Schäden zu sprechen und beleuchtete solche in einer Weise, die alle Anwesenden, Männer und Frauen, tief ergriß. Redner kam auch auf den Atheismus zu sprechen und bewies diesen Verachtung aus der Natur- und Weltanschauung. Nur der Atheist könne frei denken, fühlen, handeln und werden, dies beweisen die sozialistischen und atheistischen Führer der Socialdemokratie, die in Frankreich freudig in den Tod und in Deutschland in die Gefängnisse gingen. Daß hierbei nicht endenwollende Hochs auf unsere Hundstübchen G. Langens und insbesondere auf unseren Reichstagsabgeordneten Bebel ausbrachen, gilt wohl als selbstverständlich. Auch vom Herrn Redner wurde am Schluß schallender Applaus zu Theil. Gewiß ward Rottler den wiederholt an ihn ergangenen Wünschen nachgeben, und die Festrede drucken lassen.

Nach diesem Feste fanden zwei Versammlungen der Weber und Manufakturarbeiter statt über die vom Vorstand des deutschen Arbeiterbundes projektirte Eingabe an das königliche Ministerium, die sozialen Verhältnisse der Weber und Manufakturarbeiter betreffend.

Beide Versammlungen waren höchst interessant. Der zweiten äußerst zahlreich besuchten Versammlung lag die Eingabe im Druck (Circular 4 des deutschen Arbeiterbundes) vor, und wurde dieselbe nach eingehender Besprechung einstimmig angenommen.

Die 4 Punkte: Verbot der Frauen- und Kinderarbeit in den Fabriken; Einführung eines 10-stündigen Normalarbeitszeit für Hausindustrie und Fabrik; gesetzliche Regelung des Faktorwesens; Einführung von Statuten durch den Staat über Lohn-, Konsumtions-, Wohnungs- und Gesundheitszustand des Arbeiters, gaben reichhaltigen Stoff zur Diskussion.

Vorzüglich trat der Bundesvorsitzer mit Entschiedenheit und Wärme für Punkt 1 ein, da einige Zweifel an der Möglichkeit der Ausführung laut wurden. Alle vier Punkte wurden einstimmig angenommen.

Nach diesem tief uns durch Maueranschlag der Allgemeinen deutsche Arbeiterverein zur Versammlung. Herr Frohne aus Hannover beschrie uns bei seiner Durchreise mit einem Vortrag. Wie ein Blitz wurde die Kunde von Haus zu Haus von Stube zu Stube getragen, da man beschloß, hier feste etwas dahinter. Mann für Mann waren wir auf dem Posten. Wir hatten uns vorgenommen, keinen Anstoß zu widerstehen zu geben und nur erst dann ins Feuer und zwar mit gutem Geschick zu gehen, wenn Hr. Frohne sich sollte einfallen lassen, gegen uns und unsere Inhabanten vorzugehen. Ohne Mühe wurden Albert und Franz zu Vorrednern gewählt. Herr Frohne erhielt das Wort und sprach über: „die deutsche Arbeiterbewegung.“ Redner führte seinen Vortrag ohne Anstoß in 12-stündiger Rede durch, und zwar unparteiisch und zur größten Zufriedenheit nicht nur seiner Freunde, die ihn bewunderten hatten, sondern auch von unseren vollkommnen mit seinen Darlegungen einverstanden erklärten. Hätte nicht ein gewisses Mißtrauen uns von Haus aus geleitet, die Anerkennung würde noch eine weit größere gewesen sein. Der Vorsitzende Albert, der seine Uebereinstimmung mit den Ausführungen des Herrn Frohne öffentlich aussprach, erklärte, er erklärte, ob er anerkenne, daß unsere Führer, besonders der Reichstagsabgeordnete Bebel, wahr Socialdemokraten seien. Herr Frohne erklärte denn auch, daß, soweit er die Personen als Reichstagsabgeordnete und aus Schriften kenne, er keine Ursache habe, das Gegenteil anzunehmen und auszusprechen. Herr Bebel forderte hierauf Herrn Albert auf, auch seinerseits zu erklären, ob er die Mitgliedschaft des hiesigen Allg. deutschen Arbeitervereins als socialdemokratisch anerkenne. Herr Albert meinte, daß er dieses ebenfalls gern thue, so weit er die richtige Mitgliedschaft kenne. Herr Bebel sprach schließlich aus, daß es dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein nur darum zu thun gewesen sei, auch einmal hier eine Versammlung anzuhalten, nachdem sie schon so verschiednen der unrigen besucht und ungehört hätten vorübergehen lassen.

Am 30. Aug. feierte der Allg. deutsche Arbeiterverein die Todtenfeier Kasse's, und war auch der Volksverein in corpore eingeladen und erschienen. Der Bevollmächtigte Karl Langer sprach einen gediegenen Prolog, und verließ die Feier unter Gesang und Demonstration in würdiger Weise. Erwähnt sei noch, daß eine kurze Besprechung über Kasse's tragisches Ende aus der „Gartenlaube“ vorgelesen wurde. Ferner wurde gegenseitig der Wunsch und die Hoffnung ausgesprochen mit Energie dahin zu wirken, daß die zwei Fractionen sich gegenseitig nicht mehr bekämpfen, und das auch die Organe immer und immer wieder erkennen würden, allen Streit und Kampf einzustellen, indem man sich der Erwartung hingab, daß die Stunde der Einigung nicht mehr fern sei.

**Sonntag, den 1. Septbr.,** unternahmen wir eine Excursion nach Meerane zum Stiftungsfest des Volksvereins und hatten sich derselben die Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins sowie die hiesigen Tuchschneiderei drücker angeschlossen. Imposant war es, diese Garde in Reih und Glied marschiren zu sehen mit einem Musikchor an der Spitze und einem zweiten in der Mitte. Auch ein Zug Frauen bestand sich darunter. Ich mag die Empfindungen Derjenigen nicht kennen, die hinter Gardinen und Vorhängen das Proletariat marschiren gesehen. — Ich würde nicht so ausführlich referirt haben, spürte mich nicht der Donner der heutigen Gedächtnisfeier dazu an, immer mehr zu schreiben. Möchte es dem Proletariat sehr bald vergönnt sein, auch seine Siegesfeier zu erleben. Aber die Siegesfeier des Proletariats wird nicht den großen Menschenschlächtereien, sondern der freien und glücklichen Menschheit gelten.

Im Auftrage des Volksvereins  
J. Franz.

**Nürnberg.** Moral der Bourgeoisie. Wohl kein Organ der Bourgeoisie weiß sich ein so „moralisches“ Ansehen zu geben, als die „Gartenlaube“. Manchem zwar kommt der Pöbelismus zum Vorschein und der „Volksstaat“ hat wiederholt die Besuche dieses Blattes nachgewiesen. Zur „Gartenlaube“ existirt auch ein Beiblatt unter dem Titel: „Deutsche Blätter“. Die nationalliberale Tendenz dieser „Deutschen Blätter“ und die vielfachen häßlichen Seitenhiebe auf die Socialisten sind uns unter den bewandten Umständen vollkommen gleichgültig. Nur eine kleine Probe der moralischen Anschauungsweise wollen wir nicht übersehen. In Nr. 33 der „Deutschen Blätter“ unter der Ueberschrift: „Heldenthat der Brauerei“ schreiben diese: „Es war in den Jahren der Prozesse gegen die Londoner Brauereiräuber für wissenschaftlich Zwecke, als in Jüdisch ein furchtbar verweichlichter alter Mann der Kaiser Erb übergeben werden mußte. Prof. Adelman, der eifrige Forscher, hatte schon lange an die Erwerbung dieses kostbaren Skeletts gedacht. Vordie, der getreue Gehülfe, beschloß den gefährlichen Erwerb um jeden Preis anzubahnen. Kurzum, der nächtliche Stille ging er hin mit mehreren Arzneibehältern und vollbrachte die Handlung. Er annahm die Leiche und verpackte sie in einem Obleteller. Aber der Betrüger schlief nicht. Schon am anderen Morgen wurde der Leichentau entdeckt und der medicinischen Fakultät beigegeben, so daß die ganze confessionelle Glaubensbrüderschaft dem seligen Vordie vors Haus rückte und ihn in permanenten Belagerungszustand erklärte. Die geachtete Leiche hatte Vordie aus dem Kesseltager entnommen, in einen Strohdack gesteckt und nun auf diesem Dach liegen drei Tage und drei Nächte als angeblicher Kranker gelegen! Erst als die Belagerer ermüdet waren, genau Vordie und noch heute ziert das monströse Skelett ein bekanntes Museum. — Wie kommt es aber, daß ein vielen wissenschaftlichen Berühmtheiten als so verdienstlich bekannter Mann so arm und so elend in einer Straße des Berliner „Voigtlandes“ gestorben ist?“

Unter andern Umständen würden die „deutschen Blätter“ diesen Akt „Leichentrüberei“ genannt haben. Zwar ist es nach der Doctrin der „Gartenlaube“ ein verwerflicher Grundsat, wenn die „Jesuiten“ sagen: „Der Zweck heiligt das Mittel“, aber für Nichtjesuiten angewandt, ist ein solches Mittel zu einem üblichen Zweck eine „verbotene“ That. — Es ist dies dieselbe Moral der Wissenschaft, wie sie in vielen Spitalen fließt, in welchen man die Anstehungsgefährlichkeit verschiedener Krankheiten dadurch kennen zu lernen sucht, daß man Reconvaleszenten und Leichtkranke ohne deren Wissen und Willen in die verlassenen Betten von Schwermranken legt, oder unnötige Operationen an armen Täuflern zum Zwecke des Studiums vornimmt, u. s. w.

**Breslau, 1. Septbr.** Dem Tischler-Handwerk in Hannover unseren besten Dank für die zweite Sendung von 10 Thalern, welche uns durch Herrn Hundstein zugegangen ist. Da wir das Geld jedoch nach beendigtem Strite erhalten haben, und noch 160 Thlr. Kassenbestand vorhanden waren, so sandten wir den Betrag zurück.

Mit sozialdemokratischem Gruß  
E. Freitag, Tischlergeselle.

J. A. d. Comites der Wiederstandskasse Breslauer Tischler.

**Bernau, 1. September.** Gestern Abend fand hierseits eine Volksversammlung statt; einberufen war dieselbe von Herrn Klinkhardt aus Berlin. Ich hatte bereits am Mittwoch Kenntniß davon erhalten und infolge dessen an Parteigenossen in Berlin geschrieben. Zu meiner nicht geringen Freude erschienen auch die Herren Auer, Bärenstein und Müller. Herr Klinkhardt referirte unter theilweisem Beifall der Anwesenden über „die verschiedenen politischen Parteien und über die sozialdemokratische Arbeiterpartei insbesondere.“ Herr Auer trat als Korreferent nach Herrn Klinkhardt auf und wurde oftmals von dem Beifallssturm der Anwesenden unterbrochen. Herr Klinkhardt ersuchte hierauf, dem „allgemeinen deutschen Arbeiterverein“ beizutreten, stieß aber natürlicherweise bei uns auf Widerstand. Es kam darauf noch zu einer sehr lebhaften Debatte.

Mit sozialdemokratischem Gruß  
G. Stadewitz, Schriftführer.

**Danzig.** In einer vom Ausschusse der hiesigen Gewerkschaften am Sonntag d. 30. Aug. einberufenen und zahlreich besuchten Versammlung wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „In Erwägung, daß die arbeitenden Arbeiter nicht gehörig organisiert sind, auch die Mittel zur erfolgreichen Fortsetzung des Strites fehlen, empfiehlt die Volksversammlung den Arbeitern (außer den Werftarbeitern, den Ballenbauern und Brettschneidern) die Arbeit wieder aufzunehmen.“

**Hamburg.** Hier beginnt der Strite der Seeleute einen günstigen Ausgang zu nehmen. Nach dem „H. G.“ sollen nämlich nicht nur die Schiffe der Hamburg-Amerikanisch-Norddeutschen Dampfschiffahrt-Gesellschaft, sondern auch die des Rheders Hrn. Stemann die verlangten höheren Monatsgehälter bewilligt haben.

**An die Parteigenossen.**

Für die Inhabanten gingen zuerst bei uns ein: Von den Parteigenossen in Jwoikau durch G. Dohauer bei dem am 28. Juli abgehaltenen Stiftungsfest resp. in der Volkshalle gesammelt 10 Thlr.; von den Parteigenossen in Niederwöhnd durch G. Paulsch gesammelt bei dem Arbeiterfeste 2 Thlr. 14 Gr.; von den Parteigenossen in Hildesheim, durch J. Hampe 14 Gr.; von den Parteigenossen in Wieda, durch F. Lauer 1 Thlr. 9 Gr.; von den Arbeitern des Marcott'schen Walzwerkes in Duisburg, durch G. Jannemann 2 Thlr.; von den Parteigenossen in Hannover, durch E. Reichelt die auf Liste 286 u. d. 290 gesammelten Beiträge 8 Thlr. 24 Gr. 6 Pf.; von den Parteigenossen in Mainz, durch B. Lemoine 10 Thlr.; von den Parteigenossen in Augsburg, durch Knüller 10 Thlr. 34 Gr., davon durch G. 4 Thlr.; von 4 Arbeitern durch Reul 1 Thlr. 30 Gr.; von Göttingen, durch G. Landwehrmann der Schönb. Socialdemokraten, durch W. Krosch 12 Thlr. 10 Gr.; von den Parteigenossen in Celle, durch J. Staber 1 Thlr. 15 Gr. 6 Pf.; von den Parteigenossen in Gießen, durch A. Orlich, von Liste 251 1 Thlr. 3 Gr., und Liste 255 4 Thlr. 4 Gr.; von den Parteigenossen in Oberlungwitz, durch F. Kluge die auf Liste 472 verzeichneten Beiträge 16 Gr., und Liste 473 mit 1 Thlr. 10 Gr., sowie Liste 475 1 Thlr. 6 Gr.; von den Parteigenossen zu Neu-Jenaburg, durch W. Arnold 1 Thlr.; von der Schreiner-Union in Mainz, durch W. B. 6 Thlr. 17 Gr. 5 Pf.; von den Parteigenossen in München-Bernsdorf, durch F. Köfel 1 Thlr.; von Mainzer Demokraten 2. Sendung 8 Thlr. 45 Gr.; von den Parteigenossen zu Ronsdorf, durch G. Thierbach 5 Thlr. 27 Gr. 6 Pf.; von den Parteigenossen in Mannheim, durch A. Schimmols 2 Thlr. 38 Gr.; von Danabrid, durch G. Maas 2 Thlr.; von den Parteigenossen in Weimar, durch F. Gier 2 Thlr. 5 Gr. 6 Pf.; von den Parteigenossen in Wittgenndorf, durch F. Brufert 13 Gr. 4 Pf.; vom Volksverein in Penig, durch L. Wöling 1 Thlr. 15 Gr.; von den Parteigenossen in Reichsnach 1/8, durch G. Reul 6 Thlr.; von den Parteigenossen in Wandersb., durch J. Zahnte 2 Thlr. 12 Gr.; von Schauer in Dresden 9 Gr.; von Heinsch in Berlin 10 Gr.; von Hamburg, durch Penig, auf Liste 109 1 Thlr.; von Herford, durch Heindrich in Bielefeld 20 Thlr., und in Bielefeld gesammelt 7 Thlr. 22 Gr. 6 Pf.; von den Parteigenossen in Frankfurt a/M. durch G. Grimm 6 Thlr. 6 Gr.; von Neu-Bieslau in eine Arbeiterversammlung durch A. Kühn 1 Thlr. 3 Gr. 6 Pf.; von Berlin stad. jur. W. Bd. monatlicher Beitrag 1 Thlr.; Km. W. B. monatlicher Beitrag 1 Thlr. Km. G. Busch monatlicher Beitrag 1 Thlr.; von Jwoikau, bei einer freiwilligen Unterhaltung von Bergarbeitern des Brückendörfer-Schachtes für die Inhabanten gesammelt 3 Thlr.; von Nürnberg 2. Sendung 20 Thlr., davon 6 Thlr. 35 Gr. vom „Allg. deutsch. Schneiderverein“, 8 Thlr. 57 Gr. von verschiednen Parteigenossen

an Erschab abgegeben, 1 Thlr. 27 Kr. durch Wöhrlein, 30 Kr. von Steiner, 1 Thlr. 36 Kr. durch Steindrucker Ch. R. . . . Das Uebrige privatim beim Parteikassier eingegangen.

Hamburg, den 1. September.  
Mit sozialdemokratischem Gruß  
H. Venneke, Parteikassier,  
H. Schürkamp Nr. 34.

**Briefkasten**  
der Expedition: B. Nicolie, Panojona: Sie können durch uns jederzeit erhalten was sie wünschen; Jannet in Berghausen f. Schrift. 1 Thlr. 3 Gr.; A. Goegg in Genf f. Abonn. 1—IV Qu. 3 Taler.; Jollinger, Frankfurt a/M.: Die beiden Annoncen kosten 8 Gr.; Maccoie, Panojona: Pfeiffers „Leber-Gewissen-Gastwesen“ kostet 25 Ngr.; Mangner, Apolda f. Schriften 3 Thlr.; Baus, Strahburg f. Abonn. 8 Gr.; Lunz, nau, Streune für Annoncen 20 Gr.  
der Redaktion: A. G. in Genf: Nr. 65 vom 10. August wird das Gewünschte schon enthalten. Alles Uebrige in Ordnung. Vielen Dank.

**Für den „Volksstaat.“**  
Durch den Volksverein in Glauchau 1 Schuldschein Nr. 182 zu 2 Thlr. gratis zurückgegeben. Von C. Wehde, Hamburg, Schuldschein Nr. 34 zu 1 Thlr. gratis zurückgegeben.  
D. Exped. d. „Volksstaat.“

**Für politisch Gemäßigtere.**  
Von Mitgliedern des Volksvereins in Werdau durch Baug 2 Thlr.; von L. Sch. in Jwoikau 1 Tplr.  
Die Exped. d. „Volksstaat.“

**Für Leipzig.**  
**Allgemeiner deutscher Schneider-Verein.**  
Jeden Dienstag, Abends 8 Uhr, Versammlung im Lokale des Arbeiterbildungsvereins. Tagesordnung: Berlelung und Diskussion der prosaischen Verbandsarbeiten. Aufnahme neuer Mitglieder.  
Der Bevollmächtigte.

**Section der Tischler und Pianofortearbeiter.**  
Sonabend, d. 7. Sept. Versammlung bei Wöhr, Nikolainstr. 51. Tagesordnung: Betrachtungen über die Lohnverhältnisse der Leipziger Tischlergehilfen.  
D. B.

**Intern. Metallarbschft. für Leipzig u. Umgegend.**  
Montag, den 9. d., Abends 8 Uhr, Versammlung bei Knoid, Reudnigerstraße. Tagesordnung: Renual des Bevollmächtigten. Das Uebliche Allen ist dringend erriordentlich.

**Fach-Verein der Kürschner und Wägenmacher Leipzigs und Umgegend.**  
Montag, d. 9. September d., Abends 8 Uhr, Versammlung im Vereinslokal, Rospay Nr. 9. bei Richter. — Aufnahme neuer Mitglieder. Sämmtlicher Erscheinen wird erwartet. Der Vorstand.

**Für Reichenbach.**  
**Festzug.**

Willkommen Du Arbeitervolk aus unsern lieb'n Nachbarorten; Ein wirklich hoher Feiertag ist es, der heut uns hier geworden, Zu sehen all' die Kampfgenossen, vereint durch Noth und Nächstenliebe, Wie sie nur Gutes schaffen wollen und deshalb streben nach dem Ziele: Daß Wahrheit und Gerechtigkeit in Zukunft soll'n auf Erden gelten, Daß nicht, wie jetzt, ein Menschenkind in Noth und Dummheit laim verweilen.  
Willkommen nochmals theure Seelen, genießt mit Maß das heut'ge Fest, Und haltet dann, wie sich's gebührt, fortan an diesem Streben fest.

**Für Dresden.**  
Sonabend, den 21. September, Abends 8 Uhr.

**Ausserordentliche Generalversammlung der Gesellschaft „Dresdner Volksbote“ in Hempel's Restaurant, (am Altmarkt).**  
Tages-Ordnung:  
1) Bericht der Rechnungsprüfungs-Commissions. 2) Berathung der Statuten. 3) Geschäftliche Angelegenheiten.  
D. B.

**Für Rochlitz.**  
**Volksversammlung.**  
Sonntag, d. 8. Sept. im Wälder'schen Schanklokal in Jasnitz 1/2 Uhr Nachmittag. Alle Parteigenossen werden freundlich eingeladen.  
Social-demokr. Arbeiter-Verein zu Rochlitz.

**Für Gotha und Umgegend.**  
**Großes Arbeiterfest**

am 15. September, Nachmittags 3 Uhr. Programm: Festzug nach dem Alberts-Bad, Festrede, Volksgefang, Garten-Concert, Fest-Ball. Alle Arbeiter-Festredner und der Umgegend werden hierzu eingeladen. Festkarten sind bei der Filial-Expedition des „Volksstaat“ (Salzengasse 12) zu beziehen. Das Fest-Comitee.

**Stuttgart.**  
**Für Zuhwacher.**  
Das Arbeitsnachweis-Bureau für Schuhmacher in Stuttgart befindet sich bei H. Schick, Rothestraße 29. „Zum wilden Mann.“

**Todesanzeige.**

Am 30. August d. J. starb in Nürnberg Herr Karl Mendel, ein treues Mitglied der Partei seit ihrem Bestehen. Der radikalsten Demokratie angehörend, gründete er mit andern Parteigenossen in Eisenach die sozial-demokratische Arbeiterpartei und wirkte, so lange es ihm möglich war, nach Kräften für die von ihm als wahr erkannten Principien.  
In der Erinnerung seiner Freunde wird er fortleben immerdar. Die Social-Demokratie kann ihren Kampfer nicht mit Göttera u. dergl. lohnen, aber in getreuem Andenken behält sie ihre Todten.  
Wir setzen keinen Marmelstein,  
Wir schreiben's nur in's Herz hinein:  
Gestorben ist ein Mann der That,  
Der Freiheit ein Soldat!! (†)

**Bekanntmachung.**

**Den Schriftenvertrieb betreffend.**  
Die Vertreibung sozial-demokratischer Schriften ist für die Partei von der größten Wichtigkeit und ersuchen, daß dieselbe in den letzten Monaten ganz bedeutend zugenommen hat. Hierbei hat sich aber der Uebelstand herausgestellt, daß viele Parteigenossen den gewöhnlichen Kredit in einer Weise ausbeuten, wie es im Interesse der Kasse ferner nicht mehr zulässig ist. Die Schriften sind alle sehr billig, der Gewinn äußerst gering, Papierhändler und Buchdrucker beanspruchen den weitaus größten Theil der Einnahme. Die Verpflichtungen gegen diese müssen pünktlich erfüllt werden, das ist aber nur möglich, wenn die Parteigenossen auch auf Pünktlichkeit der Zahlung sehen.  
Wir ersuchen alle Parteigenossen, die bis Anfang August auf Kredit bezogenen Schriften bis spätestens den 30. September a. c. zu bezahlen. Wer nach diesem Termin noch reßirt, wird durch das Parteiorgan zur Zahlung aufgefordert.  
Außerdem wird künftig nur da Kredit gewährt, wo die Parteigenossen, resp. ein bestehender Verein, die Bürgschaft für den Kreditnehmenden übernimmt.  
Leipzig, den 28. Mai 1872.  
(2) 1 †  
Die Verwaltungskommission.

**Die Filialexpeditionen**  
werden ersucht, allenfalls übrige Expte. von Nr. 34 und 60 von 1872 einzuzenden. Zugleich werden die Restanten wiederholt aufgefordert, die Rückstände zu decken.  
Exped. d. „Volksstaat“

Leipzig: Verantw. Redacteur A. Rutz; Redaktion u. Expedition Hofstr. 4; Druck u. Verlag v. F. Ebner.